Bezugspreise: Für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 7.50 Mark, vierteljährlich 22.50 Mk., durch die Post 22.50 Mk. zuzüglich Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlich. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1133 u. 7411, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17, Reden-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 1a. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4628.

Nr. 482. Halle, Donnerstag, den 14. Oktober 1920. Einzelpreis 30 Pfg.

Der russisch-polnische Frieden endlich unterzeichnet.

Englisch-französischer Druck auf Polen — Das Sozialisierungsproblem auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Kassel — Die deutschen Vorschläge an Frankreich — England gegen den französisch-ungarischen Vertrag — Ein italienischer Antrag zur Revision des Versailler Friedens.

Der Friedensbruch von Wilna.

Am gleichen Tag fast und fast zur selben Stunde, da die polnischen Vertreter in Riga ihren Vorfrieden mit den Russen schlossen, brachen polnische Truppen den Frieden mit Litauen, indem sie durch einen Handstreich die litauische Hauptstadt Wilna „eroberten". Natürlich wurde der völkerrechtliche Frevel nach allen Richtungen beschönigt. Zuerst hieß es, die Eroberer von Wilna seien keine echten Polen, sondern polonisierte Litauer, die ihre Stadt in ihre Gewalt bringen wollten, dann gab man zu, daß es richtige Polen seien, aber eben Meuterer. Szeligowski, der Kommandant der litauisch-weißrussischen Division der polnischen Armee, und Oberst Lobicki, ein Unterführer, habe sich eben gegen das Oberkommando empört. Für die militärische Diktatur dieser Freiwilligen von Wilna dürfe man die Warschauer Regierung nicht verantwortlich machen. Warschau habe getan, was es konnte, indem es den zuverlässigen General Sikorski, den Befehlshaber der Niemen-Armee, in das Hauptquartier Szeligowskis schickte. Es sei nicht gelungen, die kampflustigen Freiwilligen zu beruhigen. Sie beständen darauf, in Wilna zu bleiben, und dagegen sei nichts zu machen. Ist nun damit wirklich die Sache erledigt? Die letzte Mitteilung der polnischen Regierung ging dahin, die Offiziere und Soldaten, die aus der Gegend von Wilna und Grodno stammen, hätten darauf bestanden, daß die Polen in diesem Gebiete bleiben, um sich für die Gewalttaten zu rächen, die die Litauer gegen die Familien dieser Offiziere und Soldaten verübt hätten. Aber auch dies ist keine Entschuldigung, geschweige denn eine Rechtfertigung des Friedensbruches. Das diplomatische Spiel geht also weiter. Die englische Regierung beschloß bemerkenswerter Weise sofort, die Tatsache der Besetzung von Wilna nicht anzuerkennen. Sie eröffnete sofort Unterhandlungen mit Paris über die Entsendung einer gemeinschaftlichen Note an Polen, in der der Rat erteilt wird, sich „gemäßigt" mit Rücksicht auf Wilna zu benehmen. Ferner hat die litauische Regierung die Hilfe des Völkerbundes angerufen, und Senatspräsident Bourgeois hat als Vertreter des Völkerbundsrats der in Suwalki weilenden militärischen Völkerbundsmission etwas vorgreifend telegraphiert, nach seiner Kenntnis aus amtlichen Quellen werde das Vorgehen des polnischen Generals in Wilna von der Warschauer Regierung „formell mißbilligt". Dieses „formell" spricht Bände, denn in Wahrheit steht General Szeligowski und die „vorläufige regierende Kommission Mittel-Litauens" bereits in eifriger Funkverbindung mit Warschau und schlägt der polnischen Regierung vor, Ort und Zeit einer Zusammenkunft von beiderseitigen Delegierten festzusetzen, um „alle Unklarheiten zu beseitigen". Die bäuerlich-sozialdemokratische Regierung Witos-Daszynski in Warschau, die den Frieden mit Litauen schloß, ist eben vollständig in der Gewalt der ausdehnungslustigen polnischen Militärpartei. Die Kleinbauern und Arbeiter, deren Abgeordnete formell an der Spitze des polnischen Staates stehen, sind nichts anderes als die Gefangenen der Generäle, und diese wiederum sind die Agenten Frankreichs. Sie sind es seit den neuen Erfolgen des polnischen Heeres gegen Sowjetrußland erst recht geworden. Jetzt, da durch den Abschluß des Waffenstillstandes mit der Demobilisation des Heeres eine bedeutende Machteinbuße droht, will sie durch das Abenteuer von Wilna, dem vielleicht andere, ähnliche auf dem Fuße folgen werden, ihre Unentbehrlichkeit beweisen und ihre Machtstellung aufrecht erhalten. Sie wird darin unterstützt von der national-demokratischen hohen Bürokratie und von Frankreich, das das polnische Schwert zum Kampf gegen Sowjetrußland scharf halten will und ganz bestimmte Pläne gegen Deutschland verfolgt. Das Ziel Frankreichs ist die Bildung eines polnischen Korridors durch Weißrußland nach der Ostsee. Rußland soll von Deutschland durch diesen zweiten Korridor völlig abgeriegelt werden. Erinnert man sich, wie Deutschland im Sommer 1919 bei der Unterzeichnung des Versailler Vertrages wegen des Schicksals des abgetretenen Memelgebietes anfragte und die Antwort erhielt, das Gebiet sei an die Entente abgetreten, weil die Zugehörigkeit der litauischen Territorien noch nicht bestimmt sei? Und erinnert man sich, daß, während die Engländer in Danzig auftraten, Memel ausschließlich durch französische Truppen besetzt wurde? Ein wehrloses Litauen unter polnischer Oberhoheit und Memel als zweiter polnischer Ostseehafen neben Danzig, zwei Korridore als chinesische Mauer zwischen Deutschland und Rußland, das soll der Triumph des französisch-polnischen Imperialismus sein. Wollen die ahnungslosen Herren vom Völkerbund auch diesem Plane ihren Segen geben?

Die englisch-französische Verärgerung über den neuen polnischen Gewaltstreich.

Die Besetzung von Wilna durch den polnischen General Selegowski hat in Paris unangenehm überrascht. Die Blätter halten die gegenwärtige Situation für sehr verwickelt, weil der Völkerbund hinsichtlich Litauens bereits Stellung genommen hat. Im „Journal" sagt Saint Brice: Wenn der Völkerbund nicht einschreitet, zeigt er vor aller Welt seine vollkommene Machtlosigkeit. Anderseits sei nicht zu ersehen, wer die Rolle eines Gendarmen übernehmen soll. Es wäre der Gipfel, wenn man etwa Frankreich, das Polen soeben erst gerettet hat, diese Aufgabe übertragen wolle. Im übrigen hält es die Pariser Presse für richtig, Polen zur Mäßigung zu mahnen. Die englischen Vorschläge lauten auf sofortige Abberufung aller Missionen in Warschau.

Unterzeichnungsfeierlichkeit in Riga.

Wie der Riga-er Korrespondent der „Königsberger Allg. Zeitung" meldet, ist der russisch-polnische Vorfriedensvertrag und der Waffenstillstand unterzeichnet. Im festlichen Lichterglanze, wie bei der Eröffnungssitzung, erstrahlte der große Festsaal des Schwarzhäupterhauses, an dessen Portal sich eine Menschenmenge gesammelt hatte, um so nahe wie möglich den Pulsschlag des historischen Ereignisses zu spüren. Die internationale Presse war im dicht besetzten Saale stark vertreten, doch fehlten diesmal die meisten der französischen Vertreter, die in den letzten Tagen Riga bereits verlassen haben. In der Diplomatenloge nahm jedoch der französische Botschafter den Mittelplatz ein. Auch Wrangels Regierung war vertreten, wenn auch nur inoffiziell durch einen Abgesandten, der sich bescheiden in den Reihen der Zuhörer bewegte. Die Geduld der Gäste wurde auf eine harte Probe gestellt, weil sich der Beginn der Sitzung um volle zwei Stunden verzögerte. Dann aber ging es dafür um so schneller. So rasch, daß kaum ein Wort verstanden werden konnte, wurde der russische, der polnische und der ukrainische Text der Verträge verlesen. Immerhin, so viel war zu hören, daß noch in letzter Stunde eine neue Bestimmung über den Waffenstillstandsvertrag eingefügt wurde, nämlich, daß der Waffenstillstand mit zweitägiger Frist automatisch beendet ist, wenn innerhalb drei Wochen die Ratifikationsurkunden nicht ausgetauscht sind. Die Sitzung wurde von Joffe geleitet, der den russischen Text verlas, während Dombski den polnischen und Manuilski den ukrainischen Text bekannt gaben. Nach der Verlesung nahm Joffe das Wort und gab seiner Zuversicht Ausdruck, daß der Frieden gesichert wäre, wenn er auch im Sinne des Buchstabens durch den Vorfrieden noch nicht hergestellt wäre. Einen höflichen Dank für die entgegenkommende Haltung der polnischen Delegation vermied er nicht, und auch Dombski begann mit einem Dank und gab seiner festen Ueberzeugung Ausdruck, daß der Frieden zwischen der polnischen Republik und Sowjetrußland in Kürze eine Tatsache sein werde.

Die sechs zu unterzeichnenden Verträge, zwei polnische, zwei russische, zwei ukrainische, erhielten unter den Augen der um den Mittelteich gescharten Zuschauer zehn polnische und vier russisch-ukrainische Unterschriften, jede mit einem Siegel versehen.

Kiew besetzt.

London, 13. Okt. „Associated Preß" meldet die Besetzung von Kiew durch die ukrainischen Aufständischen.

Von der Sitzung der internationalen Finanzkommission in London.

Die „Rhein.-Westf. Ztg." meldet aus Rotterdam: Auf der Sitzung der internationalen Finanzkommission, die Dienstag in London stattfand, erklärte Sir Paish, der den Vorsitz führte, daß, wenn den notleidenden europäischen Ländern nicht binnen eines Jahres Hilfe gebracht werde, England selbst in die größten Schwierigkeiten geraten werde. Er halte eine Revision des „Friedensvertrages" für unbedingt notwendig und hoffe, daß England sich der Aufgabe widmen werde, die Völker zu versöhnen und dem Haß ein Ende zu machen. England solle durch seine Kriegsforderung von 1500 Millionen Pfund Sterling einen Strich machen, Amerika solle dasselbe tun.

Hugo Simon schlug vor, die Mittel für Rohstoffe zu gewähren. Er sagte, daß die Verhältnisse in Deutschland unhaltbar seien. Den Deutschen müsse Gelegenheit gegeben werden, zu arbeiten und zu exportieren. Er führte ein Beispiel an, daß Millionen von Stiefeln in Deutschland vorrätig seien, die nicht verkauft werden können, während auf der anderen Seite Millionen von Volksgenossen keine Stiefel hätten, weil sie zu teuer seien.

Der frühere niederländische Minister Ginn erklärte, daß Holland bereit sei, Kredite zu gewähren, aber das Volk, dem der Kredit gewährt würde, müsse sich auch desselben würdig erweisen. Der deutsche Journalist Kahn machte darauf einen Vorschlag, ein internationales Syndikat zu bilden zur Stabilisierung des Wechselkurses. Poulton von der Lombardbank verlangte, daß die Premierminister aller Länder von England eingeladen werden sollten zu einer Beratung über den wirtschaftlichen Zustand der Welt.

Nachmittags übernahm Beveringe den Vorsitz. Er eröffnete die Kommission über die Probleme der Steinkohlen, des Transports und der Rohstoffe. Er erklärte, daß in den meisten Ländern die Kohlenfrage viel bedenklicher sei als die Nahrungsmittelfrage. Es sei unglaublich und unverantwortlich, daß die „weisen Herren", die seinerzeit den „Friedensvertrag" aufgesetzt hätten, bei der Festsetzung der neuen Grenzen nicht an die Kohlenversorgung der betreffenden Länder dachten. Die Frage könne jetzt nur gelöst werden, wenn eine Minimum-Menge von Kohlen für alle Länder festgesetzt wird. Sir Kimmer, Generalsekretär des internationalen Gewerkschaftsverbandes, sagte, daß er 30 Millionen Arbeiter vertrete. Die ganze Welt müsse zugrunde gehen, wenn nicht die Produktion in allen Industrien erhöht werde. Es sei nicht möglich, von den Arbeitern die Anspannung aller ihrer Kräfte zu verlangen, wenn nicht ihre Rechte als Arbeiter anerkannt würden. Die Arbeiter seien nicht mehr willens, unter denselben Bedingungen zu arbeiten wie vor dem Kriege und während desselben. Dagegen seien sie bereit, alle Kräfte anzuspannen, wenn man ihnen einen größeren Anteil am Gewinn zugestehe.

Deutsche Vorschläge an Frankreich.

Wie verlautet, sind die Vorschläge, die der Minister Simons dem französischen Botschafter Laurent übergab, in der letzten Kabinettssitzung Gegenstand einer eingehenden Besprechung gewesen. Sie haben die einmütige Billigung des Kabinetts gefunden. Einzelheiten über die Vorschläge können aus erklärlichen Gründen nicht veröffentlicht werden. Man glaubt an zuständiger Stelle zu der Annahme berechtigt zu sein, daß das Pariser Kabinett im Einvernehmen mit London den deutschen Vorschlägen nähertreten wird, als insofern man die Vorschläge der Reparationskommission zur beschleunigten Begutachtung unterbreiten werde. Staatssekretär Bergmann, dessen Verhandlungsführung in Brüssel den denkbar günstigen Eindruck machte, hat in Paris die weitere Fühlungnahme mit der französischen Regierung aufgenommen und ist von dem Ergebnis seiner Besprechungen mit den französischen Wirtschafts- und Finanzkreisen im allgemeinen befriedigt.

Deutschlands strenge Neutralität.

Die deutsche Zollbehörde in Friedrichshafen hat eine große Sendung italienischer Automobile, die durch eine Schweizer Speditionsfirma nach Warschau gesandt werden soll, mit dem Vermerk „Kriegsgut Polen, darf nicht durch Deutschland durchgeführt werden", wieder nach Romanshorn zurückgehen lassen. Die deutschösterreichischen und auch die tschechoslowakischen Behörden hatten die Durchfuhr der gleichen Sendung italienischer Automobile vorher ebenfalls abgelehnt.

Das Schicksal der deutschen Kabel.

Washington, 13. Oktober. Die Konferenz für Verkehrswesen hat gestern die Ansprüche von Frankreich, Großbritanien, Italien, Japan und den Vereinigten Staaten bezüglich des künftigen Schicksals der deutschen Kabel entgegengenommen. Die Konferenz hat ferner das Protokoll über die drahtlose Telegraphie erörtert und beschlossen, Bestimmungen in Erwägung zu ziehen, die die größtmögliche Entwicklung im Gebrauch der drahtlosen Telegraphie ermöglichen würden.

Gegen die wirtschaftliche Vorherrschaft der Sieger.

Der offizielle Vertreter Italiens im Völkerbundsrat, Senatspräsident Tittoni, teilte in der Tagung der Völkerbundsvereinigung in Mailand folgenden aufsehenerregenden Vorschlag mit, den er im Namen der italienischen Regierung in der letzten August-Zusammenkunft des Völkerbundsrates in San Sebastian eingebracht hatte, und der nun in der bevorstehenden Zusammenkunft des Völkerbundsrates in Brüssel behandelt werden soll:

„Der Völkerbundsrat beschließt für die Tagung der nächsten Versammlung, die Anwendung des Artikels 23 des Versailler Friedensvertrages aufzuheben, der allen Mitgliederstaaten des Völkerbundes eine gerechte handelspolitische Behandlung sichert, die unvereinbar ist mit der Monopolisierung der für das Leben der Völker unentbehrlichen Rohstoffe und mit der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19201014035/fragment/page=0001

Ausbeutung der Völker selbst durch große internationale Kapitalistentrusts."

In der Begründung dieses Regierungsvorschlages führte Tittoni aus: „Damit ist die Frage deutlich und klar aufgeworfen. Wenn man wirklich den Frieden und die Gerechtigkeit will, muß man nicht nur die politische, sondern auch die wirtschaftliche Vorherrschaft einiger Staaten zum Schaden der anderen unmöglich machen. Was gibt es für eine lästigere und gefährlichere Bedrohung des Weltfriedens als den Gegensatz von im Kriege bereicherten und verarmten Staaten und ausgebeuteten und ausbeutenden Staaten? Es kann keine politisch-unabhängigen Staaten geben, sobald sie in wirtschaftlicher Knechtschaft sind. Es liegt daher im Interesse aller, jenen zu helfen, sich aus dieser schweren Knechtschaft frei zu machen. Wenn die Versammlung diese Grundsätze billigt, verschafft sie dem Vertrage Macht und Autorität, und Italien wird diesen Vorschlag in der gleichen Versammlung des Völkerbundes in Genf vertreten.

Es tauchen ihr allerdings Zweifel auf über die praktische Wirksamkeit des Völkerbundes. Es wird leicht zu ermitteln sein, daß kleine und schwache Staaten dem Beschluß des Völkerbundsrates gehorchen. Werden jedoch die großen Staaten, die dem Völkerbund gerade die Zwangsmittel, die er außer seiner sonst ausschlaggebenden moralischen Macht gegebenenfalls notwendig haben könnte, zur Verfügung stellen müssen, immer das gleiche tun?

England gegen den französisch-ungarischen Vertrag.

In einem Drahtbericht des Londoner Berichterstatters des „Abend" wird behauptet, daß die englische Regierung gegen den französisch-ungarischen Vertrag Einspruch erhoben habe. Die Pachtung der ungarischen Staatsbahnen sei eine Verletzung des Friedensvertrages, wonach das Staatseigentum ein Pfand für die Wiedergutmachung der Kriegsschäden sei, an der die Ententestaaten gemeinsam in einem bestimmten Verhältnis beteiligt seien. Frankreich soll darauf geantwortet haben, daß weder ein Verkauf noch eine Verpfändung der Staatsbahnen vorliege, sondern nur eine „Kontrolle" durch jene französischen Finanzkreise, die sich in Ungarn wirtschaftlich betätigen wollten, so daß also die Ansprüche der Siegerstaaten unantastbar blieben. Die englische Regierung soll erwidert haben, daß sie von ihrem Standpunkte nicht abgehen könne. Es dürfe nach den Abmachungen ohne vorherige Genehmigung der Reparationskommission kein Vertrag über die Verwendung von Staatseigentum oder von großen privaten Industrieunternehmungen der besiegten Länder geschlossen werden. Frankreich soll sich hierauf der englischen Auffassung angeschlossen haben und will den Vertrag der Reparationskommission zur Genehmigung vorlegen.

Sozialdemokratischer Parteitag.

In der Mittwochvormittagssitzung wurde die Debatte über den Fraktionsbericht fortgesetzt.

Franz-Waldenburg i. Schl. begründet einen Antrag, in dem es heißt:

„Der sozialdemokratische Parteitag spricht den oberschlesischen Volksgenossen, die im Kampf um ihre weitere Zugehörigkeit zum deutschen Vaterlande stehen, seine wärmste Sympathie aus. Der Parteitag fordert, daß seitens der interalliierten Besatzungsmächte der Gebahr einer terroristischen Beeinflussung der Abstimmung entgegengewirkt wird; er fordert die Sicherung unbeeinflußter Stimmenabgabe und appelliert an die Genossen der Ententeländer, daß sie bei ihren Regierungen für strenge unparteiische Durchführung der durch den Friedensvertrag übernommenen Pflichten Sorge tragen und einer Verfälschung des Selbstbestimmungsrechts der Oberschlesier entgegentreten."

Frau Grünberg-Nürnberg fordert den Schutz der Frauenarbeit.

Graf-Pforzheim: Die Ausführung der Steuergesetze ist gehässig gegen die Minderbemittelten. Wegen der Steuerhinterziehung müssen die schärfsten Strafen verhängt werden, besonders Konfiskation des Besitzes zu dem angegebenen Wert. (Sehr wahr!)

Frau Jensen-Kiel: Der freie Geist der Weimarer Verfassung steht für die Frauen vorläufig nur auf dem Papier. Das Recht der Ehefrau auf Erziehung der Kinder und das Recht der unehelichen Kinder muß endlich wirksam geschützt werden.

Frau Kirchner-Frankfurt a. M. fordert die Aufhebung des § 63 des Versorgungsgesetzes für die Kriegsbeschädigten, durch den zwei Klassen von Kriegsbeschädigten geschaffen werden.

Frau Todenhagen-Berlin: Der Zugang zur Volksschullehrerprüfung muß nicht nur den Söhnen der Beamten offenstehen, sondern auch den Kindern der Arbeiterklasse. (Beifall.)

Lieser-Hamburg begründet den Antrag der Delegierten aus der Pfalz, die Reichstagsfraktion ebenso wie die Landtagsfraktion in Bayern und Preußen zu beauftragen, dahin zu wirken, daß Maßnahmen getroffen werden, nach denen der Bevölkerung des Saargebietes eine gesetzliche Vertretung des Reichstags und der Landtage von Bayern und Preußen gegeben wird. Die Bevölkerung des Saargebiets ist kerndeutsch und wünscht, wie die anderen Abstimmungsgebiete behandelt zu werden, auch wenn die Abstimmung erst in fünfzehn Jahren stattfindet. (Beifall.)

Otto Braun: Die Delegierten der Republik Preußen haben mich beauftragt, folgende Erklärung abzugeben:

„Die preußischen Delegierten des Parteitages bedrücken die Erklärung der Vertreter Bayerns und erklären ihrerseits, daß sie sich eins fühlen mit den bayerischen Genossen in der nachdrücklichsten Ablehnung und Bekämpfung aller Bestrebungen, die, sei es durch Separation oder Anstrebung einer Hegemonie einzelner Länder auf die Zerreißung der politischen und wirtschaftlichen Einheit der deutschen Republik gerichtet sind. Die preußischen Genossen fühlen sich auch eins mit ihren bayerischen Freunden in der schärfsten Verurteilung jener gegenrevolutionären Triebereien reaktionärer Kreise, die nicht nur die Errungenschaften der Revolution bedrohen, sondern auch geeignet, ja darauf gerichtet sind, einen Gegensatz zwischen Bayern und Preußen hervorzurufen und zu vertiefen" (Lebh. Beifall.)

Ein Schlußantrag beendet die Aussprache über den Bericht der Reichstagsfraktion, und es folgt nunmehr die von dieser Aussprache abgetrennte Debatte über

„Wirtschaftspolitik und Ernährungsfrage".

Rudolf Wissell: Ueber die Sozialisierung des Bergbaues brauchen wir nicht mehr zu reden. Zwischen Kapitalismus und Sozialismus gibt es eine Menge Mischformen. Erst heute können wir die letzte Wegstrecke übersehen. Selbst manche Unabhängige und Kommunisten geben zu, daß wir durch die tiefe Niederung nur auf der Brücke der kapitalistischen Privatwirtschaft hindurch kommen. Wir tragen aber die Verantwortung, daß wir hindurchkommen und daß wir dabei das Volk nicht unnötig belasten. Genosse Bauer hat dann ein neues Wirtschaftsprogramm aufgestellt. Danach sollten 1. die Alsder Hütte und die Braunkohlen sozialisiert werden. Nichts ist davon zur Wirklichkeit geworden. Das Elektrizitätsgesetz stammt von einem bürgerlichen Minister und wird von einem bürgerlichen Minister durchgeführt. Es ist rein fiskalisch. Der erste Entwurf, hervorgegangen aus dem Kabinett mit Sozialisten, enthielt kein Wort über die Mitwirkung der Arbeitnehmer. Schmidts Wirtschaftspolitik hat alle Möglichkeiten der Sozialisierung erschlagen. Zweitens wollte das Programm Bauer den Bedarf der Minderbemittelten an Nahrung und Kleidung sicherstellen. Tatsächlich fallen heute den Armen die Hemden vom Leibe, die Strümpfe von den Füßen, das Dach über dem Kopf zusammen. Drittens ist aus der angekündigten Fernhaltung der überflüssigen Luxuseinfuhr nichts geworden. Man hat wie Ludendorff auf ein Wunder gehofft, das nicht eingetreten ist und nicht eintreten konnte. Bis zum Dezember 1919 sei die freie Ausfuhr für Fertigfabrikate vorhanden gewesen und ungeheure Mengen unserer lebensnotwendigen Bedarfsgegenstände seien billig ins Ausland gegangen. Erst dann sei man umgekehrt, habe wieder die Außenhandelsstellen errichtet, sei aber damit zu spät fertig geworden. Schließlich kam man zur Einsicht und entwarf eine organisierte Wirtschaft in Form von Selbstverwaltungskörpern. Das war die Planwirtschaft, wie ich sie hätte nicht besser präsisieren können. Aber es blieb beim Reden und Entscheidungen in Einzelheiten ohne ein festes Programm. Der Zickzackkurs hat uns das Vertrauen unserer Wähler gekostet. Nicht die Wahrheit schadet uns, sondern die nicht ausgesprochene Wahrheit. (Händeklatschen.) Diese Art Wirtschaftspolitik hat unserem Volke Milliarden entzogen. Kapitalismus und Industrie haben sich austoben können, als ob es nie eine Revolution gegeben hätte. (Beifall.) Im nächsten Jahre werden wir mehr Getreide einführen müssen, als wir aus der eigenen Ernte erhalten werden. (Der frühere Reichskanzler Bauer ruft: Das sind die Folgen Deiner Wirtschaftspolitik!) Nein, Deiner Politik! Heute kommen wir mit der reinen Zwangswirtschaft nicht we[illegible] müssen neue Formen suchen, auch die nicht sozialisierungsreife Wirtschaft bedarf neuer Formen. Mit Sozialismus allein, mit Einzelsozialisierungen, die als Fettaugen auf der Konkurrenzmasserluppe schwimmen, ist es nicht getan. Alle wirtschaftlichen Maßnahmen müssen nach rein sachlichen und nicht nach opportunistischen Gesichtspunkten getroffen werden. Die geistigen Führer der alten kapitalistischen Wirtschaft können wir noch nicht entbehren. Sozialisierung ist gut, aber klammern Sie sich nicht an das Wort „Sozialisierung". Wir müssen die Wirtschaft organisieren und sozialisieren, aber zunächst müssen wir aus dem Defizit herauskommen und mit brutaler Strenge den Konsum beschränken, der nicht absolut notwendig ist. (Beifall.) Das ist eine Herkulesarbeit, aber die Partei muß alle Kräfte einsetzen, um sie zu vollbringen. Unser Volk kennt noch nicht den ganzen Ernst seiner Lage. Wir müssen es darüber aufklären. Nach der politischen Verfassung des Reiches müssen wir auch die wirtschaftliche Verfassung schaffen. (Lebh. Beifall und Händeklatschen.)

Sodann ergriff

Robert Schmidt das Wort, der ausführte, Wissell habe die Planwirtschaft wie ein Geheimmittel empfohlen, dessen Zusammensetzung man nicht kennen darf. In einer Koalitionsregierung habe man eine rein sozialistische Politik nicht treiben können. Ein Teil der Bergarbeiter habe selbst gegen die Sozialisierung protestiert. Wir müssen erst die günstige Zeit für solche Maßnahmen abwarten; wenn die Arbeiterschaft nicht selbst solche Maßnahmen dringend fordert, kommen wir nicht vorwärts. Ich mußte nach dem Kriegsende, zunächst ohne Rücksicht auf die Valuta, Lebensmittel einführen. Der Radikalismus hängt mit der Lebensmittelfrage eng zusammen. Wissells Rede war stark demagogisch. (Zustimmung.) Wir konnten die Einfuhr nicht genug kontrollieren, weil die Organisation fehlte und das Beamtentum versagte. Durch meine Bemühungen ist das Loch im Westen geschlossen worden. Bei Millionengewinnen durch Schmuggel und Schleichhandel verlagt auch die Planwirtschaft. Die Ausfuhrabgabe konnte nicht schneller eingeführt werden, weil erst alle Handelsinteressen-Vertretungen gefragt werden mußten, und sie konnte erst eingeführt werden, als das Loch im Westen geschlossen war. Der Friedensvertrag ist es, der uns in Fesseln schmiedet. Wissell macht uns für die steigenden Preiskurse verantwortlich, aber er wollte in seinem Erpaß über die Planwirtschaft an das Kabinett den Getreidepreis dem Weltmarktpreis annähern, der damals 1200 Mark für die Tonne betrug, während er bei uns auf 700—800 Mark zu stehen kam. Dann hätte das Vierpfundbrot 30 Mark gekostet. Wir brauchen nicht Organisation, sondern Produktion, vor allem in Kohlen und Kali. Wissell wollte mit einer Staatssubvention von fünf Milliarden der Industrie aufhelfen. Ich war damals entschieden dagegen, und heute zahlt die Industrie 20, 30 und 40 Prozent Dividende. Wir müssen die Konsumfähigkeit der großen Massen heben. Das Kabinett Bauer und das Kabinett Müller dürfen es sich als Verdienst anrechnen, daß heute in den Broewerken 130 000 Arbeiter mehr beschäftigt sind als vor dem Kriege. Daß wir mehr Getreide einführen müssen, als wir selbst erzeugen, ist eine maßlose Uebertreibung. Die Zwangswirtschaft allein kann nicht helfen. Aber es werden jetzt gewagte Experimente gemacht. Wissell will den Kapitalismus organisieren. Sein Wirtschaftsprinzip ist nicht sozialistisch, sondern kapitalistisch. Die Chancen des Sozialismus müssen wir jetzt ausnützen und an volle Sozialisierung gehen. Der Redner empfiehlt schließlich auch die Sozialisierung im kleinen, die Kommunalisierung der Verkehrsbetriebe, der Gasbetriebe usw., die Förderung des Genossenschafts- und Konsumvereinswesens, und schloß: Vom kapitalistischen System zum Sozialismus. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Um 1¼ Uhr wurde die Fortsetzung der Verhandlungen auf Donnerstag vormittag vertagt.

Meuternde Russen in einem deutschen Lager.

Berlin, 13. Oktober. Zu der von der „Roten Fahne" gebrachten Nachricht über die Besetzung des Lagers Siefow bei Kottbus durch Reichswehrtruppen wird mitgeteilt, daß die Besetzung durch eine kleine Meuterei veranlaßt wurde. In der vorigen Woche waren einige gefangene Russen über den Zapfenstreich hinausgeblieben und sollten dafür mit fünf Tagen Arrest bestraft werden. Die Lagerinsassen traten in einen Sympathiestreik und verhinderten die

---

Unterhaltungsbeilage der Saale-Zeitung, Freitag, den 15. Oktober. Inhalt: Phinele. Roman von Ludwig Rohmann. — Die kritische Stunde. Erzählung von Paul Alexander Schettler. — Im Bolschewistenlager zu Parchim i. M. Von Hugo Wienandt (Rostock). — Literatur.

Die Zukunft der deutschen Bühnen.

Von

Leopold Sachse-Halle.

(Nachdruck verboten.)

Seit mehr als Jahresfrist liest man in der Tagespresse sowie in Fachzeitschriften von dem drohenden wirtschaftlichen und künstlerischen Verfall der deutschen Bühnen. Ohne die Gefahren verkennen zu wollen, die nicht nur der Theaterkunst, sondern allen Gebieten der geistigen und künstlerischen Betätigung droht, muß doch einmal ausgesprochen werden, daß diese Schwarzmalereien fast immer aus mangelnder Sachkenntnis entstanden sind. Nicht ganz unschuldig sind Korrespondenzen, die ohne genügende Prüfung statistisches Material zusammentragen, das als unbrauchbar zu bezeichnen ist. So ging z. B. vor einigen Monaten eine Meldung durch alle deutschen Blätter, das hallische Stadttheater erhalte einen Zuschuß von 1 200 000 Mark. Von jeher hat es Kreise gegeben, denen das Theater überhaupt als wertlos oder gar gefährlich erschien. Diese nehmen sich derartiger Falschmeldungen mit Begeisterung an, um so der dramatischen Kunst auf den Leib rücken zu können.

Jedem unbefangenen Beobachter muß es auffallen, daß kaum eine Stadt- oder Staatsverwaltung die Drohung, ihre Bühne zu schließen, in die Tat umgesetzt hat. Zugunterletzt findet sich immer wieder ein Mittel, um den angeblich so schwer gefährdeten Theaterbetrieb aufrecht zu erhalten.

Betrachtet man die Aufwendungen, die die Verwaltungen für ihre Theater vor dem Kriege gemacht haben, so muß man mit wenigen Ausnahmen feststellen, daß der Theaterbetrieb sich wesentlich verbilligt hat. Diese Behauptung mag paradox erscheinen, wenn man den Zuschuß, der heute erforderlich ist, absolut mit demjenigen des Jahres 1914 vergleicht.

Eine derartige Betrachtungsweise ist aber bei der herrschenden Geldentwertung unmöglich. Zu einem richtigen Bild wird man nur dann kommen, wenn man feststellt, wieviel Prozent der Gesamtausgaben des Staats- bzw. Stadthaushaltes auf Theaterpflege im Jahre 1914 entfiel, und wenn man damit den entsprechenden Prozentsatz für das Jahr 1920 vergleicht. Das Ergebnis wird unbedingt derart sein, daß der Prozentsatz des Jahres 1914 erheblich höher ist wie der des Jahres 1920.

Meines Erachtens ließe sich die wirtschaftliche Lage unserer gemeinnützigen Theater erheblich verbessern, wenn eine größere Anpassungsfähigkeit an die allgemeinen Lebensbedingungen geschaffen werden könnte. Die Löhne der Arbeiter, die Gehälter der Angestellten müssen den Zeitforderungen entsprechend gestaltet werden. Bei gewissen Angestelltenkategorien, wie z. B. den Theaterarbeitern, erfolgen diese für den Hausbaltsplan des Theaters so wesentlichen Veränderungen ohne daß die Intendanzen überhaupt gefragt werden. Auch der elektrische Strom (ein Lebensnerv des modernen Theaters) wird sprungweise im Preise erhöht und somit bei dem gewaltigen Verbrauch auch hier jeder Voranschlag über den Haufen geworfen. Hätte nun die Intendanz die Möglichkeit, selbständig die Eintrittspreise den wachsenden Ausgaben anzupassen, so könnte dies geschehen, ohne daß die Theaterbesucher die Preiszuschläge als erheblich drückend empfinden würden, da man ganz allmählich Aufschläge einführen könnte. Der vorgeschriebene Instanzenweg ist aber so lang, die Debatten, die in den verschiedenen Ausschüssen und endlich im Plenum geführt werden, sind so abschreckend, daß nach jeder wirklich erfolgten behördlich genehmigten Preiserhöhung ein mindestens 14 Tage bis drei Wochen währender Rückschlag im Besuch des Theaters folgt.

Da die Verhandlungen selbst ca. zwei Monate in Anspruch nehmen, so ist in Verbindung mit dem regelmäßig auftretenden Besuchsrückgang infolge des übertriebenen Hinweises auf die Preiserhöhung durchschnittlich eine erhebliche Einnahmeausfall festzustellen. Dieser Organisationsfehler besteht aber leider bei allen gemeinnützigen Theatern und wird sich wohl aus verwaltungstechnischen Gründen kaum beseitigen lassen. Ein wirksames Mittel, um den Betrieb der Staats- und Stadttheater rentabler zu gestalten, besteht in der rationellen Verwendung des Künstlerpersonals. Dazu gehört in erster Linie die Möglichkeit, gleichzeitig in zwei Häusern zu spielen, um so nicht nur eine größere Einnahmefähigkeit zu erzielen, sondern auch gleichzeitig eine doppelte Anzahl von Proben auf den Hauptbühnen selbst halten zu können. Als besonders günstig erscheint mir die Verbindung der behördlich geleiteten Bühne mit einem Unternehmen, wie es die neugegründete hallische Volksbühne zu werden verspricht. Auf diese Weise wird nicht nur eine finanzielle Sicherung geschaffen, sondern auch die Möglichkeit eröffnet, ernste und wahre Kunst in breitesten Bevölkerungsschichten für ganz geringes Entgelt zu tragen.

Als ganz abwegig betrachte ich den Versuch, mit einem Stadt- oder Staatstheaterpersonal auswärtige Gastspiele zu veranstalten oder mehrere Städte zu einer Interessengemeinschaft zusammenzuschließen. Von den künstlerischen Bedenken abgesehen, die solchen Experimenten entgegenstehen, ist besonders vom geschäftlichen Standpunkt jede derartige Betätigung unmöglich. Die Ausgaben für Eisenbahnfahrkarten, Gepäckbeförderung, Unterbringung der Künstler in den Gasthöfen, Verpflegung usw. würden selbst Einnahmen ausverkaufter Häuser unter Zugrundelegung höchster Eintrittspreise erheblich übersteigen. Dabei sind die Gehälter sowie die täglichen Verwaltungskosten noch nicht berücksichtigt. Anders liegt die Sache für die Wandertheater, die über einen ganz kleinen Personalbestand verfügen, mit eigenem stilisierten, leicht aufzustellenden Dekorationsmaterial kleine Ortschaften bereisen und so nicht nur Kulturträger im wahrsten Sinne des Wortes werden, sondern auch infolge des kleinen Gesamtapparates wirtschaftlich zu arbeiten vermögen.

Wenn verschiedentlich der Vorschlag gemacht wird, die teure Oper abzuschaffen und nur noch Schauspiel zu geben, so muß darauf erwidert werden, daß ein Publikum, das jahrzehntelang an die Oper gewöhnt ist, leider eher auf das Schauspiel wie auf die Oper verzichten würde. Zudem wäre die erhoffte Verbilligung des Gesamtbetriebs nur dann möglich, wenn bei der Aufgabe der Oper gleichzeitig das Orchester restlos aufgelöst und entlassen werden könnte. Eine Stadt- oder Staatsverwaltung, die ein eigenes Orchester auch nach Schließung der Oper unterhalten müßte, würde bald zu ihrem Schrecken erfahren, daß die erhoffte Verminderung der Ausgaben nicht nur ausbleiben, sondern daß der Gesamtetat sogar außerordentlich mehr belastet werden würde. Aber selbst wenn auch nur eine leistungsfähige Privatkapelle am Orte ist, würde die Ausschaltung der Oper ein mehr als gewagtes Experiment sein. Anders steht es natürlich mit Orten, die nie Oper gehabt haben, wie z. B. Meiningen.

Der Versuch, den Theaterfinanzen durch Angliederung oder Einfügung eines Kinos aufzuhelfen, halte ich für verwerflich, solange man nicht dem Kino eine erhebliche Kulturmission zubilligen will. Das ist meines Wissens bisher noch nicht geschehen. Die Kinopläne des Münchener Nationaltheaters und des Wiener Burgtheaters sind ebenso wie der Filmkonzern der Berliner Theaterleiter zum Glück Papiergründungen geblieben. Der zweifelhafte Ruhm, die Kinoprojekte zum ersten Male in die Tat umgesetzt zu haben, gebührt den Frankfurter städtischen Bühnen und dem Landestheater Schwerin.

Wenn sich eine Verwaltung dazu herabläßt, das Kino als Hilfsmacht zu benutzen, so wird dieselbe Behörde auch bald einsehen, daß es wesentlich rentabler ist, ihr Haus ganz der zerpelnden Leinwand auszuliefern. Das Expansionsbedürfnis des Films sucht ohnehin sich aller freien Säle zu bemächtigen! „Caveant consules!"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19201014035/fragment/page=0002

Abführung der Verurteilten. Etwa 1500 Insassen streiken noch. Das Lager ist zurzeit von einem Zug Reichswehr besetzt.

Eine Tagung für Minderheitenrecht.

Die Not der national n Minderheiten, vor allem in den abgetretenen Gebieten, hat, wie die „Dena" erfährt, zur Bildung eines Ausschusses für Minderheitenrecht geführt, an dessen Spitze Dr. Szagunn (Deutscher Schutzbund) und Johannes Tiedje (Deutsche Liga für Völkerbund) stehen. Der Ausschuß veranstaltet vom 15.—17. Oktober in Berlin eine Tagung für Mind rheitenrecht, in der der weite Fragenkomplex nach der historischen, völkerrechtlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Seite besprochen werden soll. Bei der großen Schwierigkeit des Gegenstandes, der eine Weiterbildung der Rechtsgrundsätze erfordert, ist die Tagung für das Schicksal der deutschen Minderheiten von grundlegender Bedeutung. Unter den Ref renten befinden sich neben Vertretern des bedrohten Deutschtums Prof. Wolzendorff-Halle, Missionsdirektor Dr. Arenfeld, Dr. Pollact-Breslau, Prof. Rühlmann und Pfarrer Schleunig.

Deutsches Reich.

Die Macht der Gewerkschaften. Die Mitgliederzahl der dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbände betrug zu Beginn des vorigen Jahres 2 866 012, davon 666 392 weibliche, am Ende des Jahres jedoch 7 338 123 (1 612 636 weibliche). Es wurden also fast viereinhalb Millionen neue Mitglieder aufgenommen. Im Jahresdurchschnitt betrug die Mitgliederzahl 5 479 073 gegen 1 648 313 im Jahre 1918. Eingenommen wurden für Eintrittsgelder 2 867 289 Mk. Die Gesamteinnahme be rug 247 306 838 Mk. Die Gesamtausgabe betrug 201 408 709 Mark, das Vermögen (mit Ausnahme der Verbände der Hotelangestellten und der Metallarbeiter) 133 180 009 Mk., davon in den Hauptkassen 107 503 081 Mark.

Vorläufig noch keine Abtretung deutschen Schiffsraum an Tschechien. Die kürzlich verbreitete Prager Meldung, daß die Abtretung von 16 — stellenweise las man sogar 60 — großen Schiffen und 311 Lastkähnen an die Tschecho-Slowakei unmittelbar bevorstehe, entbehrt nach Mitteilung gut unterrichteteter deutscher Kreise jeder tatsächlichen Grundlage und ist nur als tschechischer Versuchsballon anzusehen. Die schwebenden Verhandlungen sind noch keineswegs soweit gediehen, daß die Abgabe nahe bevorsteht. Auch die genannten Zahlen sind reine Phantasieprodukte und wohl nur dazu bestimmt deutsche Gegenäußerungen hervorzurufen. Deutscherseits liegt aber gar keine Veranlassung vor, im gegenwärtigen Zeitpunkt hierauf näher einzugehen.

Lebensmittel aus Chile für Deutschland. Die „D. Allgemeine Ztg." meldet aus Valparaiso über die Sammelaktion der Deutschen in Chile zur Beschaffung von Lebensmittel für Deutschland: Bis zum 15. August ds. Js. seien ungefähr 30 000 Peso in Valparaiso gesammelt worden. Auch in anderen Städten, besonders in Concepcion, seien große Summen aufgebracht worden.

Der bereits gemeldete Brand auf dem Dampfer „Viktoria Luise" ist wahrscheinlich durch Selbstentzündung in den früheren Kühlräumen des Dampfers entstanden. Es gelang der Feuerwehr, den Brand auf seinen ursprünglichen Herd zu beschränken.

Der Hannoversche Straßenbahnerstreik beigelegt. Der im Reichsarbeitsministerium am 9. ds. Mts. gefällte Schiedsspruch im Hannoverschen Straßenbahnerstreik, der Ende Juli ausgebrochen war, ist gestern abend von beiden Parteien angenommen worden.

Auslands-Rundschau.

„Südafrika ist kein britischer Besitz." Als im September der südafrikanische Premierminister Smuts Windhuk besuchte, überreichten ihm die deutsch n Verbände eine besondere Adresse mit den Wünschen der deutschen Bevölkerung. Der Sprecher der Deutschen wies u. a. auch darauf hin, daß der britische Handelskommissar für Deutschland einen Bericht veröffentlicht habe, der besage, das deutsche G meinwesen in Südwestafrika solle nicht weiter bestehen bleiben und die deutsche Bevölkerung allmählich aufgesaugt werden. Aus diesem Grunde solle auch keine deutsche Neueinwanderung nach dem Schutzgebiet gestattet w rden. Nach dem Bericht der Schutzgebietszeitungen unterbrach hier der Premierminister den Sprecher mit den Worten: „Kümmern Sie sich nicht darum, was irgend welche Leute sagen, Südafrika ist kein britischer Besitz. Allein, was ich sage, ist für die Union maßgebend." Diese Aeußerung des Premierministers, wie frühere ähnliche Wendungen, hat Reuter in seinem Bericht über Smuts' Besuch in Südwestafrika wohlweislich verschwiegen.

Ernste Lage in Catalonien. Die Situation in Barcelona spitzt sich immer mehr zu und es hat den Anschein, als ob der Generalstreik unvermeidlich ist. Die scharfe telegraphische und telephonische Zensur läßt nur wenige Nachrichten durch und man wartet in Madrid ängstlich auf die Ergebnisse, die die catalonische Arbeiterbew gung zeitigen wird. Man fürchtet, daß die catalonischen Arbeiter allerdings in viel schärferer Form das Beispiel der italienischen Arbeiter nachahmen werden. — Der „Heraldo" meldet, daß drei Kavallerieregimenter und zwei Infanterieregim nter, die in die Umgebung zu Manövern ausgerückt waren, dringend nach Barcelona zurückbeordert sind. Dato dementiert die Meldung, daß die Regierung beabsichtige, den Belagerungszustand zu erklären. In Valencia erscheinen kein Zeitungen, weil die Setzer streiken. In Malaga haben sich die Sozialisten entschlossen, den Generalstreik zu erklären. Im Minenbezirk von Rio-Tinto hält der Streik an. Die Föderation der Minenarbeiter hat beschlossen, nicht nachzugeben.

Rücktritt des italienischen Ministerpräsidenten? Der Mailänder „Secolo" spricht von der Möglichkeit des baldigen Rücktrittes Giolittis. Er werde voraussichtlich durch den gegenwärtigen Kammerpräsidenten de Nicola ersetzt werden. „Corriere della Sera" meldet noch, daß die parlamentarisch-nationalistische Gruppe beschlossen hat, nicht mehr der Mehrheit der Kammer anzuhören, die das Kabinett Giolitti unterstützt. Es sei nicht ausgeschlossen, daß auch die Rechtsliberalen, die eine ziemlich starke Fraktion bilden, Giolitti die Gefolgschaft verweigern.

„Staat und Hochschule".

Ein Beitrag zur nationalen Erziehungsfrage.

Soeben, unmittelbar vor dem Beginn der großen Kultusdebatte in der preußischen Landesversammlung, läßt Konrad Haenisch, der preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, unter dem obigen Titel ein Buch erscheinen, das in 16 Kapiteln den ganzen Fragenkomplex des Erziehungsproblems in Staate behandelt. (Verlag für Politik und Wirtschaft, Berlin W 35.) Es bietet also den unerläßlichen Unterbau für die bevorstehenden Lösungen, einen Unterbau, der nicht das Vorhandene einfach beiseite schiebt, sondern im Gegenteil in ihm verankert ist.

So wird das Buch im Besonderen seinem Untertitel gerecht, der es als einen Beitrag zur nationalen Erziehungsfrage bezeichnet. In nicht weniger als 4 Kapiteln behandelt es gerade den Gesichtspunkt nationaler Einstellung aller Erziehungsarbeit, bezeichnet es als den Weg vom Vorhandenen zum Neuen die Entwicklung vom staatlichen Machtgedanken zum nationalen Kulturbewußtsein.

Im Besonderen geht Haenisch ein auf die Hochschulen, die in den Kapiteln „Student und Arbeiter", „Abbau der Universität", „Hochschule und Judenfrage", „Von der Studentennot" und „Vom neuen Studentenrecht" behandelt werden, alles Themen, die für die Gesamtheit der akademischen Welt von dringendstem ideellen und auch materiellen Interesse sind. Das Buch ist dem Herrn Staatssekretär Professor Dr. Becker gewidmet, man kann also mit Recht annehmen, daß dieser bewährte Leiter des preußischen Hochschulwesens mit den darin skizzierten sachlichen Entscheidungen einverstanden ist.

Keineswegs aber erschöpft sich die Behandlung des Erziehungsproblems in den Fragen die mit dem Hochschulwesen zusammenhängen. Vielmehr sind die Hochschulen ausgehoben als die Krönung des gesamten staatlichen Erziehungswerkes, gleichsam als das Endziel des nunmehr verbreiterten Weges von der Volksschule zur Hochschule. In dem Kapitel „Die neue Regierung an der Arbeit" hat der Minister im Einzelnen dargelegt, wie dieser Weg gebahnt worden ist und weiter gebahnt werden soll.

So ist ein Buch entstanden, daß die Erziehungsfrage im Staate loslöst von parteipolitischen Einstellungen, daß gerade für sie den Willen zur Verständigung fordert und die Möglichkeiten zu ihr darlegt.

Kunst und Wissenschaft.

Die Urschrift der Bannbulle gegen Luther entdeckt. Im württembergischen Staatsarchiv ist die einzig erhaltene Urschrift der Bannbulle gegen Luther vom Jahre 1520 entdeckt worden. Von dieser Schrift hat es nur drei Ausfertigungen gegeben; zwei hat Dr. Johannes Eck nach Deutschland gebracht, die dritte ist an Kaiser Karl V. nach Spanien gesandt worden. Die Urschrift soll jetzt dem Publikum zugänglich gemacht werden.

Die Dalcroze-Schule bleibt bestehen. In Verbindung mit den Gerüchten über einen bevorstehenden Verkauf der Hellerauer Bildungsanstalt, die kürzlich durch die Presse gingen, tauchten von verschiedenen Seiten Fragen über die Zukunft der Dalcroze-Schule auf, deren rhythmisch-musikalische Kurse in den Räumen der Bildungsanstalt stattfinden. Wie von der Leitung der Dalcroze-Schule Hellerau mitgeteilt wird, ist der Unterrichtsbetrieb der Dalcroze-Schule in jeder Hinsicht sichergestellt.

Provinzial-Nachrichten.

@ **Eisleben**, 14. Okt. (Der Streik der Landarbeiter) in den Mansfelder Kreisen ist beigelegt, auch der mehrere Wochen dauernde Streik auf der Domäne Wimmelburg ist beendet. Die Streikenden in Wimmelburg bekommen für 8½ Tag Entschädigung nachbezahlt. Das Deputat wird voll gewährt. Außerdem erhalten die Arbeiter Vergünstigungen in der Getreideversorgung.

δ **Sandersleben**, 13. Oktober. (Unser früherer Bürgermeister Knochenhauer), der seit März 1919 wegen angeblicher Verfehlungen vom Amte suspentiert ist, hatte sich in zweitägiger Verhandlung vor dem Disziplinargerichtshof in Dessau zu verantworten. Die Beschuldigungen gingen aus von sozialdemokratischen Gegnern, welche behaupteteten, Knochenhauer habe bei der Wahrnehmung seines Amtes vielfach Privatinteressen verfolgt und in seine eigene Tasche gewirtschaftet. Nach langen Zeugenvernehmungen kam das Gericht zu der Auffassung, daß nur in einem Punkte die Beschuldigung aufrechterhalten werden könne, nämlich in einem Falle, wo der Bürgermeister ohne vorherige Rücksprache mit dem Gemeinderat den Ankauf eines Ackers vorgenommen habe. Der Fall liege aber so milde, daß eine Verwarnung ausreichend erscheine. In allen anderen Punkten erfolgte Freisprechung.

Pößneck, 12. Okt. (Reiche Stiftung.) Die Firma C. G. Vogel versammelte am 10. d. M. aus Anlaß des 25jähr. Bestehens der in ihrem Verlage erscheinenden Zeitschrift „Der Maschinenmarkt" ihr über 600 Köpfe zählendes Personal zu einer schlichten Feier. Bei dieser Gelegenheit gaben die Inhaber bekannt, daß sie aus Anlaß des Jubiläums sich zu folgenden Stiftungen entschlossen haben: 10 000 Mk. für Bekleidung armer Konfirmanden, 10 000 Mk. für Speisung armer Schulkinder, 10 000 Mk. für die Lungenkrankenfürsorge, 10 000 Mk. für die Kinderheilstätte, 10 000 Mk. für das Kinderheim, 5000 Mk. für die Fortbildungsschule, je 1000 Mk., für den Stenographenverein Stolze-Schrey und Gabelsberger, 10 000 Mk. für den Verschönerungsverein, 3000 Mk. für die Typographische Vereinigung, je 5000 Mk. für die drei hiesigen Turnvereine, 5000 Mk. zur Beschaffung einer neuen Kirchenglocke. Außerdem wurde das Personal mit einer Spende von 210000 Mk. bedacht. Bekanntlich hat die Firma C. G. Vogel vor kurzem auch das neue Hummelshainer Schloß angekauft, um einen Teil desselben zu einem Erholungsheim für ihre Angestellten und Arbeiter einzurichten. „Der Maschinenmarkt" hat sich aus den allerbescheidensten Anfängen, dank zäher Ausdauer, Weitblick und Großzügigkeit der Inhaber zu einer führenden Stellung in der Zeitschriftenwelt emporgeschwungen.

⚲ **Liebenwerda**, 14. Okt. (Schulstreik.) In Blumberg bei Liebenwerda ist ein Schulstreik ausgebrochen, weil die dortigen Eltern, zumeist Arbeiter, in der plötzlichen Versetzung eines den Unabhängigen angehörigen Lehrers, eine politische Maßregelung erblicken. Die Industriearbeiter im ganzen Kreise Liebenwerda wollen die Bewegung unterstützen; eventuell gleichfalls durch Schulstreiks.

— **Naumburg**, 12. Oktober. (Der Theaterkonflikt) ist jetzt beigelegt worden. Der Bezirksausschuß in Merseburg hat nämlich die Einstellung der Theateraufführung in der „Reichskrone" verfügt, da die Direktoren Meißner und Rudolph nicht im Besitze der zum Betriebe eines Theaterunternehmens erforderlichen Erlaubnis für die Stadt Naumburg sind. Sollte versucht werden, weiter zu spielen, so werden die Vorstellungen zwangsweise verhindert. Das zuständige Theater für Naumburg ist nun nur die „Schaubühne".

— **Gera** (R.), 13. Oktober. (Die Munitionsschiebungen.) Zu den 14 beschlagnahmten Munitionsladungen auf dem Sächsischen Güterbahnhof in Gera hat sich noch ein 15. hinzugesellt, den das gleiche Schicksal ereilte. Obgleich die zuständigen Reichsstellen sofort benachrichtigt wurden, ist bis jetzt keine endgültige Entscheidung darüber getroffen. Damit nun aber das für unsere Industrie so wertvolles Munitionsmaterial nicht noch verschoben wird, hat jetzt die reußische Landesregierung die Angelegenheit energisch in die Hand genommen und das Reichsministerium telegraphisch benachrichtigt, daß, wenn nicht innerhalb 24 Stunden endgültig vom Reichsministerium darüber bestimmt ist, von ihr selbst geeignete Maßnahmen zur Vernichtung des Munitionsmaterials getroffen werden.

Nordhausen, 13. Oktober. (Ein Teilstreik) ist in der Metallindustrie von Nordhausen zum Ausbruch gekommen. Bei den Firmen Gebhardt & König, Fischer und Schachtbau sind die Arbeiter in den Ausstand getreten. Es handelt sich um eine Lohnbewegung. Die Arbeiter fordern eine Erhöhung des Stundenlohnes um 1 Mark. Einigungsverhandlungen verliefen bisher ergebnislos.

? **Erfurt**. 13. Okt. (Die Einwohnerzahl Erfurts) betrug am 18. September 135 198 Personen.

÷ **Oberhof**, 12. Oktober. (Rennsteigwanderung.) Zum ersten Male seit dem Jahre 1914 hat der Rennsteigverein eine offizielle Wanderung von Hörschel nach Blankenstein unternommen. Der 168,3 Kilometer lange Weg erforderte 39 Stunden 55 Minuten Marschzeit, 1 Kilometer wurde also durchschnittlich in 14,2 Minuten zurückgelegt. Auf dem Großen Inselberge fand gleichzeitig die Jahresversammlung des Rennsteigvereins statt, die recht gut besucht war. Im nächsten Jahre feiert der Verein sein 25jähriges Jubiläum, das in würdiger Weise begangen werden soll.

)(**Leipzig**, 13. Okt. (Die liebe Nichte.) Hier hatte ein 15jähriges Mädchen seiner Tante 200 000 Mark gestohlen und war mit ihrem Liebhaber durchgebrannt. In Delmenhorst (Oldenburg) wurde sie verhaftet. Sie hatte bis dahin bereits 120 000 Mark mit ihrem Kavalier verjubelt.

? **Leipzig**, 14. Oktober. (Die mit 210 000 Mark durchgegangene Haustochter.) Am 17. v. Mts. war, wie berichtet wurde, die 15jährige Tochter eines hiesigen Einwohners mit ihrem Geliebten, einem 29 Jahre alten, polnischen Arbeiter Novara, bei Nacht und Nebel durchgegangen, nachdem das leichtsinnige Mädchen ihren Eltern und ihrer Tante eine Mappe mit 200 000 Mark barem Gelde, einigen Wertpapieren, sowie Schmucksachen im Werte von über 3600 Mark entwendet hatte. Der Entführer hatte seine nur notdürftig bekleidete und durch das Fenster entsprungene Geliebte morgens gegen 2 Uhr mit einem Kraftwagen unweit der elterlichen Wohnung erwartet und war mit ihr und ihrer Beute auf und davongefahren. Der Kriminalpolizei gelang es alsbald danach, festzustellen, daß das Pärchen zunächst in Calbe Halt gemacht und dort das Mädchen seine unzureichende Bekleidung vervollkommnet hatte. In Schönebeck an der Elbe verlor sich dann die Spur der Flüchtigen. Am 6. d. Mts. sind beide der Polizei in Delmenhorst dadurch in die Hände gefallen, daß Novara in eine Schlägerei verwickelt worden war, bei der er mit einem Revolver gedroht hatte. Bei dem sauberen Pärchen wurden nur noch 80 000 Mark vorgefunden, so daß es, falls es nicht etwa einen Teil der Beute beiseite geschafft haben sollte, in einem Zeitraume von noch nicht ganz drei Wochen sage und schreibe etwa 120 000 Mark verjubelt hatte.

Dresden, 13. Oktober. (Der Pfarrer von Dasky) in Oberlungwitz, der kürzlich sein Amt niedergelegt hat, ist in Untersuchungshaft genommen und nach Zwickau abgeführt worden. Dem Vernehmen nach steht er unter dem Verdacht, sich in seinem Amtszimmer an mehreren Frauen unsittlich vergangen und in einem Beleidigungsprozesse gegen eine der beteiligten Frauenspersonen, die wegen angeblicher Beleidigung des Pfarrers zu einer längeren Gefängnisstrafe verurteilt worden ist, als Zeuge falsch geschworen zu haben.

⚲ **Weißensee i. Thür.**, 12. Oktober. (Die reichen Zigeuner.) Hier hielten sich in diesen Tagen Zigeuner mit mehreren Wagen auf. Die Leute haben in hiesigen Gastwirtschaften fast ausschließlich Sekt getrunken und Gänsebraten gegessen. Es kamen dabei Zechen von einigen Tausend Mark heraus. Ein Zigeuner hatte, sage und schreibe 300 000 Mark bei sich. Welches Finanzamt weiß davon? Welches packt ihn?

Letzte Depeschen.

Telegraphischer Spezialdienst der „Saale-Zeitung".

Der Großindustrielle Röchling freigesprochen.

Saarbrücken, 14. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Der Großindustrielle Albert Röchling, der beim Einzug der Franzosen in Lothringen in Karlshütte verhaftet und vom Kriegsgericht in Amiens unter der Beschuldigung des Maschinendiebstahls zu 10 Jahren Zwangsarbeit verurteilt wurde, ist im Revisionsverfahren freigesprochen worden und wieder nach Saarbrücken zurückgekehrt.

Die Bergarbeiterabstimmung in England.

London, 14. Oktober. (Eig. Drahtnachricht.) Die bisher veröffentlichten Zahlen über die Bergarbeiterabstimmung lassen erkennen, daß das Angebot der Bergwerksbesitzer mit einer ungeheuren Mehrheit verworfen worden ist. Von insgesamt 500 000 abgegebenen Stimmen haben sich 418 771 Stimmen gegen die Annahme und 81262 dafür ausgesprochen. Die noch ausstehenden Ergebnisse werden wohl kaum an dem Gesamtresultat etwas zu ändern vermögen. Das Exekutivkomitee der Arbeitergewerkschaften ist gestern in London zusammengetreten und hat sich in dreistündiger Sitzung mit der Lage beschäftigt. Es scheint daher noch immer nicht ausgeschlossen zu sein, daß der Konflikt einem paritätischen Schiedsgericht unterbreitet wird.

Ein ungarisch-deutscher Handelsvertrag.

Wien, 14. Oktober. (Eigene Drachtnachricht.) Die hiesigen politischen Kreise erwarten, daß in diesen Tagen der neue Handelsvertrag zwischen Deutschland und Ungarn ratifiziert wird. Ungarn soll Deutschland seine Ernteprodukte gegen Markauszahlungen liefern. Außerdem soll ein weiteres Abkommen zwischen Deutschland und Ungarn über ungarische Markguthaben und eine ungarische Anleihe getroffen werden.

Commerz- und Privat-Bank, Aktiengesellschaft.
Aktienkapital und Reserven Mk. 250 000 000
Filiale Poststr. 12. Fernspr. 1382, 1383, 1692.
Depositenkasse Rellstrasse 133, Fernspr. 6189.
Depositenkasse Wörmlitzerstr. 1, Fernspr. 6678.
Ausführung aller bankmässigen Geschäfte.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19201014035/fragment/page=0003

Alte Promenade 11a

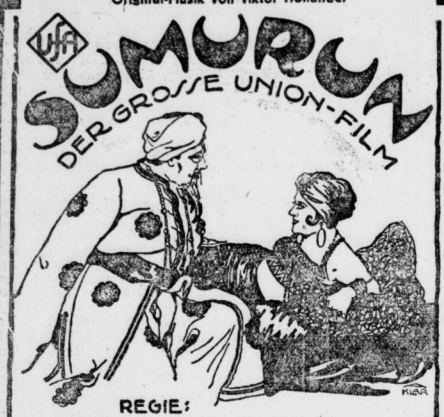
Fernruf 5738.

Morgen Erstaufführung

des grossen Prunkfilms der UFA

6 Akte — Der erste Monumentalfilm der UFA 1920/21 — 6 Akte

Original-Musik von Viktor Holländer



REGIE: ERNST LUBITSCH

IN DEN HAUPTROLLEN:

POLA NEGRI

PAUL WEGENER

HARRY LIEDTKE

Die Presse schreibt:

Sumurun, der neueste Prachtfilm der Ufa, über dessen Werden man seit Wochen schon allerlei gehört hatte, hat nun im Ufa-Palast am Zoo in Berlin seine Erst-Aufführung erlebt.

Grosse Farbenpracht des Ganzen, die wundervollen, **echt orientalischen** Bauten und Interieurs, tausend Feinheiten der Regie und Darstellung sind in einem Meer und ziehen einen ganz in ihren Bann, die Märchenwelt des Films in ungeahnter Vollkommenheit. Ernst Lubitsch der Max Reinhardt des Films, hat uns wieder ein Meisterwerk beschert. Ein einziger starker Eindruck beherrscht einen beim Schauen dieses Filmwerkes; hier ist wieder einmal etwas ganz Unerhörtes geschaffen worden, ein Werk das den Ruhm des deutschen Films wieder in alle Welt hineintragen wird. Mit schier übermenschlichem Fleiss ist man zu Werke gegangen und das Ergebnis ist ein in jeder Beziehung erfreulich abgerundetes Ganzes, von den Hauptdarstellern bis zu den Negern und darüber hinaus bis zum letzten Komparsen. Jeder hat sein Bestes gegeben.

Beginn 4 Uhr. Vorführung: 4.15 6.25 8.40. **Beginn 4 Uhr.**

Kleine Preise bei diesem Spielplan aufgehoben.

Leipzigerstraße 88

Fernruf 1224.

Morgen grosses Doppel-Programm.

Erst-Aufführung des sensationellen Detektiv-Abenteuers

Der Millionenraub in der Industriebank

5 Akte. (Sein letzter Trick) 5 Akte.

mit **Heinrich Peer** als Detektiv.

— Vorführung: 4.50 7.00 9.20. —

Eva May in dem tiefergreifenden Drama (4 Akte)

„Schloss Einöd".

Beginn 4 Uhr. Vorführung: 4.00 6.10 8.20. **Beginn 4 Uhr.**

Wochentags bis 5 Uhr kleine Preise bei vollem Programm.

WALHALLA LICHTSPIEL THEATER

Ab Freitag, den 15. Oktober 1920

JUDEX

Das Rätsel der Kriminalistik!

Fünfter Teil — Vier Akte

9. Episode: Das Erwachen.
10. Episode: Wenn das Herz spricht

Vorführung. 4.00 6.45 9.30 Uhr.

Niemand weiss es!

Wer ist der Vater?

Ergreifendes Gesellschafts-Drama in 6 Akten von Lupu Pick.

In den Hauptrollen:

Lupu Pick — Edith Posca
Johannes Riemann

Vorführung: 5.00 7.50 Uhr.

Neueste Messter-Wochenschau.

Apollo-Theater

Leitung: Direktor Gustav Poller.

Eröffnung der Winter-Operetten-Spielzeit.

Sonnabend, d. 16. Okt. abds. 7½ Uhr

Gastspieldirektion: Walter Steinert.

Die Dame im Frack

Schwank-Operette in 3 Akten v. **Pordes Milo.** Musik von **Walter Bromme.** Inszeniert von Dir. **Walter Steinert.** Musikal. Leitung: **Max Bertuch.**

Gastspiel

Pia von Moosburg v. „Berl. Theater" Berlin u. vom ***Richard Senius*** „Theater am Nollendorfplatz" Berlin.

Theo Lucas „Neues Operettenhaus" Berlin — **Erna Salten** „Wallnertheater"

Täglich 7½ Uhr: Die Dame im Frack.

Der Vorverkauf ist eröffnet. Täglich 9—1 und 5—6 Uhr, Sonntags ständig.

Dienstag, 19. Okt. 7½ Uhr, Logensaal 3 D.

Petschnikoff

Leipziger Zeitung:
„Er ist wirklich ein Wundergeiger"

Karten Mk. 2,25—9,40 bei **Heinrich Hothan.**

Mittwoch, 20. Okt., 7½ Uhr, „Mozartsaal"

Klavierabend von

Gertrud Brauer-Scheffler.

Bach-Ansorge: Toccata, Adagio u Fuge C-dur. Beethoven: Sonate op. 31 Nr. 2. Chopin: Präludien in C u. G Nocturno Fis-dur. Ballade G-moll. Liszt: Etude Des u. 12. Rhapsodie.

Steinway-Flügel aus dem Magazin B. Döll.

Karten 6, 4 3 Mk. (Studenten u. Schüler Ermäss.), Stehplatz 2 Mk.

Hofmusikalienhandlung Heinrich Hothan.

Stadt-Theater

Freitag, den 15. Okt., Anf. 7½, Ende 10 Uhr:

Fra Diavolo.

Sonnabend:
Als ich noch im Flügelkleide.

Gut dauerhaftes Gummiband für Strumpfbänder k. man bei **H. Schnee Nachf.** Gr. Steinstr. 84. V 335 5

Wringmaschinen

repariert u. setzt neue Walzen ein **Otto Sparmann** neben Walhalla, Fernsprecher 6504.

Vornehmes **Briefpapier** mit Künstler-Federzeichnungen von Halle a. S. Block 2.25 **C. F. Ritter,** Leipziger Str. 90

Für Eisengiessereien!

Ja Formsand hat abzugeben **Paul Vogel, Penig,** Fernruf 43.

Dauer-Batterie

beste Qualität,

Mark 2,95

Sobel.

Steinweg 45.
Grillnchstr. 9. Reilstr. 1.
Ammendorf Bahnhofsb. 3
Cöthen: Schalaunischestr. 8.

Licht-Spiele

Gr. Ulrichstraße 51. — Fernspr. 4681.

6 Akte! — 6 Akte!

Ab morgen Freitag der

3. Teil

des gewaltigen Sensations-Dramas

Dämon der Welt!

Das goldene Gift!

Vorführung: 4.45 6.50 9.00.

Hierzu

„Ein nettes Früchtchen!"

Ein heiteres Spiel in 3 Akten.

Einlass 3½ Uhr. Beginn 4 Uhr.

Sonntags Beginn 3 Uhr!

Da der Abendandrang sehr gross, wird höflichst gebeten, die **Nachmittags-Vorstellungen** zu besuchen!

Oeffentl. Versammlung.

Reichstagsabgeordneter

Freiherr von Lersner

spricht am

Freitag, den 15. Oktober, abends 8 Uhr

im **Apollo-Theater**

über

„Auswärtige Politik und Friedensvertrag".

Eintritt 1 Mark. Vorverkauf im Spielwarenhaus R. Weibezahl, obere Leipziger Strasse 66 und im Parteibüro, Poststrasse 11, II.

Deutsche Volkspartei.

Hallesch. Radfahrverein „Gut Weg" E. V.

Donnerstag, den 21. Oktober, abends 8½ Uhr

General-Versammlung

im Würzburger Bürgerbräu, Kellnerstr. 16c.

Tages-Ordnung:

1. Genehmigung Jahresrechnung, Entlastung des Vorstandes.
2. Ernennung zweier Rechnungsprüfer für das laufende Geschäftsjahr.
3. Sonstiges Geschäftliches.

Der Vorstand.

R. CH. SCHELLENBERG
KUNSTMÖBELFABRIK
WERKSTÄTTEN INTIMER WOHNRÄUME

Herrenzimmer
Speisezimmer
Clubsessel

in großer Auswahl.

Fernspr. 5939. **Rannischestr. 12**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19201014035/fragment/page=0004